

BESCHLUSSVORLAGE V0035/20 öffentlich	Referat	Referat VII
	Amt	Referat für Stadtentwicklung und Baurecht
	Kostenstelle (UA)	6107
	Amtsleiter/in	Preßlein-Lehle, Renate
	Telefon	3 05-2100
	Telefax	3 05-2109
E-Mail	stadtentwicklung+baurecht@ingolstadt.de	
Datum	15.01.2020	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungsergebnis
Ausschuss für Stadtentwicklung, Ökologie, Digitalisierung und Wirtschaftsförderung	04.02.2020	Vorberatung	
Finanz- und Personalausschuss	12.02.2020	Vorberatung	
Stadtrat	13.02.2020	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

KI Verkehr Ingolstadt
Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 16.07.2019 -
Stellungnahme der Verwaltung
(Referentin: Frau Preßlein-Lehle)

Antrag:

1. Der Teilnahme des Amtes für Verkehrsmanagement und Geoinformation am Forschungsvorhaben „KI Verkehr Ingolstadt“ wird vorbehaltlich einer Förderzusage durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zugestimmt, die Projektgenehmigung wird erteilt.
2. Der Kooperation zwischen der Audi AG, IFG Ingolstadt, INVG Ingolstädter Verkehrsgesellschaft, Technische Universität München, Technische Hochschule Ingolstadt, Gevas Software GmbH, Traffic Technology Services und der Stadt Ingolstadt wird zugestimmt
3. Die zur dauerhaften Implementierung eines innovativen Verkehrssteuerungssystems einzurichtende Stelle wird geschaffen und zum Projektstart besetzt.

gez.

Renate Preßlein-Lehle
Stadtbaurätin

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben 30.000 €	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten 89.350 €	<input checked="" type="checkbox"/> im VWH bei HSt: 610100.41* <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro: 30.000
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe) Förderung des Projekts durch das BMVI; Förderhöhe nach Einzelfallprüfung	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	<input checked="" type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 2021 ff.	Euro: 89.350
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Bürgerbeteiligung:

Wird eine Bürgerbeteiligung durchgeführt: ja nein

Kurzvortrag:

Ausgangslage:

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Steigerung des Verkehrsflusses und der Leistungsfähigkeit der Infrastruktur plant die Stadt Ingolstadt, vertreten durch das Amt für Verkehrsmanagement und Geoinformation, gemeinsam mit einem Konsortium aus Wissenschaft und Privatwirtschaft sich für ein Projekt zum „Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) im Ingolstädter Verkehrssystem“ beim BMVI zu bewerben. Durch eine gegenseitige Beeinflussung von Fahrzeugen (PKW, ÖPNV und Radfahrer) und Signalanlagen sowie den Einsatz künstlicher Intelligenz bei der Berechnung von Steuerungsstrategien soll das Verkehrssystem multimodal optimiert und damit auch ein aktiver Beitrag zur Reduzierung der verkehrsbedingten Emissionen geleistet werden. Durch die Integrati-

on des Ampel-Info-Systems der Audi AG kann im Projekt auf aktuelle Floating-Car-Daten zurückgegriffen und so ein reales Verkehrsszenario abgebildet werden. Das Projekt ist als Umsetzungsprojekt konzipiert, welches schrittweise auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet und dauerhaft betrieben wird.

Eine erste Ideenskizze (siehe Anlage) wurde bereits in Kooperation mit den einzelnen Partnern des Konsortiums erstellt. Im nächsten Schritt wird das Amt für Verkehrsmanagement und Geoinformation gemeinsam mit dem Konsortium den endgültigen Projektumfang definieren, die finale Projektbeschreibung erstellen und sich damit beim BMVI um KI-Fördermittel bewerben. Der Projektstart ist für Juni/Juli 2020 anvisiert. Zum jetzigen Projektstadium können noch keine genaueren Angaben über den Kostenanteil der Stadt Ingolstadt und die Höhe der Förderquote gemacht werden. Diese stehen erst nach einer Förderzusage durch das BMVI fest. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Förderanträgen der Stadt Ingolstadt und vergleichbaren Projekten, ist mit einer Förderquote für die Stadt Ingolstadt in Höhe von 80-100 % für Sach- und Dienstleistungen zu rechnen.

Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich für die Stadt Ingolstadt die große Gelegenheit, sehr kostengünstig Knowhow zu generieren und entwickelte Lösungen stadtwweit dauerhaft zum Einsatz bringen zu können.

Personalsituation:

Bereits heute hat das zuständige Sachgebiet Verkehrsmanagement des Amtes für Verkehrsmanagement und Geoinformation, welches im Planungsbereich aus insgesamt drei Verkehrsingenieur*innen besteht, mit dem Umbau der Ampeln im Zuge der Smart City-Schnittstelle, der Mitarbeit im Forschungsprojekt SAVE: und der Betreuung des Ampelinfosystems die Belastungsgrenze erreicht.

Eine Bearbeitung des auf zwei Jahre angesetzten Forschungsprojekts und die anschließende schrittweise Implementierung sowie der dauerhafte Betrieb und Pflege der neuen Soft- und Hardware ist nur unter der Voraussetzung möglich, dass im Sachgebiet Verkehrsmanagement dauerhaft eine neue Planstelle für eine*n Verkehrsingenieur*in in der Wertigkeit EG 11 TVÖD bzw. A 12 einschließlich des erforderlichen Büroarbeitsplatzes geschaffen wird.

Weiteres Vorgehen:

Um das Forschungsprojekt möglichst frühzeitig beginnen zu können, schlägt die Verwaltung vor, der Beteiligung der Stadt Ingolstadt, vertreten durch das Amt für Verkehrsmanagement und Geoinformation, bereits in diesem frühen Antragsstadium zuzustimmen und die Projektgenehmigung zu erteilen. Darüber hinaus wird die zur Mitarbeit im Projekt und der anschließenden stadtwweiten Umsetzung erforderliche neue und unbefristete Planstelle in der Wertigkeit EG 11 TVÖD bzw. A 12 einschließlich des erforderlichen Büroarbeitsplatzes geschaffen und zum Projektstart besetzt.

Mit dem Amt für Organisations- und Personalentwicklung wurde vorab die beabsichtigte Schaffung der neuen Planstelle besprochen und die Vorgehensweise abgestimmt.

